

50. Jahrestag der wirtschaftlichen Rückgliederung des Saarlandes in den Bund

50 Jahre Tag X – eine ökonomische Bilanz

„Als ich Adenauer bei der politischen Rückgliederung des Saarlandes am 1. Januar 1957 in Saarbücken, in der Nähe meines Elternhauses, mit Dankesworten begrüßte, meinte er, etwas altväterlich: ‚Sind Sie endlich mal zufrieden mit mir!‘“

Sehr geehrte Damen und Herren!

Dies Zitat stammt von Professor Fritz Hellwig, dem ersten Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft und dem damaligen Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Wirtschaftspolitik. Mit Hellwig, den einige von Ihnen sicher von seiner eindrucksvollen Rede zum hundertsten Geburtstag von Ludwig Erhard im Jahr 1997 in Erinnerung haben, sind nicht nur landsmannschaftliche Verbindungen aufgerufen, sondern zugleich eine frühe und intensive Beschäftigung mit Fragen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung des Saargebietes. Dies hatte durchaus maßgeblichen Einfluss auf die Saarpolitik Konrad Adenauers, der ja anfänglich gar nicht an eine Rückgliederung dachte.

I. Der lange Pfad: 1919 – 1959 – 2009

Wenn wir heute aus Anlass des 50. Jahrestages der wirtschaftlichen Eingliederung des Saarlandes in das Bundesgebiet eine Würdigung des Erreichten versuchen wollen, dann erfordert dies in besonderer Weise einen Blick auf die historischen Bedingungen. Die wirtschaftliche Sonderstellung des Saargebietes, die formal mit dem Tag X zu Ende ging, folgte auf eine über vier Jahrzehnte von 1919 bis 1959 wirksame Desintegration. Diese ging zurück auf den Vertrag von Versailles und jährt sich damit zum 90. Mal. Nach dem 1. Weltkrieg wurde aus Teilen der preußischen Rheinprovinz sowie der bayerischen Rheinpfalz das „Saarbeckengebiet“ – ein interessantes Gemisch – gebildet und der Verwaltung durch den Völkerbund unterstellt. Die wirtschaftlichen Folgen dieser Sonderexistenz waren nachhaltig nachteilig. Kurzum: Wer 1959 würdigen will, der muss 1919 mit bedenken!

Fritz Hellwig hatte bereits im Jahr 1948 ein Gutachten über die wirtschaftlichen Verflechtungen des Saarlandes erstellt, er musste dazu – den Franzosen unerwünscht und deshalb ausgewiesen – mehrmals illegal über die grüne Grenze in das Saargebiet einreisen. Das Leben eines Volkswirts kann also durchaus auch ohne Finanzkrise sehr herausfordernd sein. Das Ergebnis seiner Studie war eindeutig und niederschmetternd zugleich: Das Saargebiet war unter den Bedingungen der wirtschaftlichen Isolierung „nur bedingt lebensfähig“. So mussten in den vier Jahrzehnten nach 1919 ständig Antworten auf die Folgen fortschreitender Desintegration gefunden werden. Die Unterbrechung des Standortnetzes und die Schrumpfung des grenzüberschreitenden Verkehrs waren deshalb so schmerzlich spürbar, weil sich ab den 1840er Jahren zwischen den Gebieten um Mittel- und Oberrhein, um Main, Neckar, Saar und Mosel – begünstigt durch den schnellen Ausbau des Verkehrsnetzes und den Einsatz technischer Neuerungen – die wirtschaftliche Vernetzung und Integration höchst erfolgreich und anhaltend – nahezu beispielhaft – entwickelt hatte. So war an der Saar das Zentrum des drittgrößten Schwerindustriengebietes des Deutschen Reiches entstanden.

Ohne den Zeitraum von 1919 bis 1959 hier näher zu beleuchten, muss doch bedacht werden, wie schwer diese jahrzehntelange Fehlentwicklung nachwirkte.

1. Die Abtrennung vom deutschen Markt wurde ab 1925 mit Sonderabkommen beantwortet, die schließlich die Zollbefreiung der Lieferungen in das Reich regelten. Besonders nachteilig aber war die Lage zwischen zwei Währungsgebieten mit asynchronen Entwicklungen – zunächst die Hyperinflation im Deutschen Reich bis 1923, anschließend die französische Inflation in den Jahren 1926/27, schließlich die Devisenzwangswirtschaft ab 1931. „*So war das Saargebiet .. ein Schulbeispiel für die verhängnisvollen Wirkungen der Desintegration in der Weltwirtschaftskrise*“ (F. Hellwig).
2. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde wiederum die Zollgrenze nach Osten gezogen, die wirtschaftliche Integration nach Frankreich vorangetrieben. Im März 1950 schloss die französische Regierung mit der saarländischen ein Wirtschaftsabkommen: Kohlegruben und Eisenbahn wurden langfristig an Frankreich verpachtet, es folgten weitere Verträge über kulturelle Zusammenarbeit, Post und Sozialwesen. Die Gründung der Montan-Union – der Europäischen

Gemeinschaft für Kohle und Stahl – am 18. April 1951 begründete eine erste europäische Institution und legte trotz unterschiedlicher Motivation der beteiligten Regierungen den Grund für die europäische Einigung. Wenngleich dadurch erstmals seit Jahrzehnten für das Saargebiet wieder eine Binnenlage entstand, so blieben doch viele Stränge der ursprünglichen wirtschaftlichen Verflechtung mit den Nachbarregionen, insbesondere in Deutschland oder wie man zu sagen pflegte – manchmal wohl bis heute – im Reich zerrissen oder waren bis zur Bedeutungslosigkeit verkümmert, manche in ihrer Wirkungsrichtung gedreht.

3. All dies schrie förmlich nach Öffnung und Integration im größeren Rahmen. Die Frage, was geschehen muss, um Grenzen zu überwinden, war dem Saargebiet zweimal – 1919 und 1947 – in die Geburtsurkunde geschrieben worden. Wir erkennen, wie hochbedeutsam wirtschaftliche Integration, Offenheit und Vernetzung für die Prosperität eines Landes sind. Diese Botschaft strahlt vom Saarland in besonderer Weise bis in unsere Tage aus und sie sollte jene warnen, die heute im Lichte der Finanzmarktkrise leichtfertig anderes empfehlen.

„Kein Gebiet in Europa dürfte dankbarer als der erweiterte Südwestraum sein, gelänge es, auf dem Wege über eine weitgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit das Klima für die Wiederherstellung und Verbesserung der alten wirtschaftlichen Verflechtung zu schaffen.“ So beendete Fritz Hellwig im Jahr 1954 einen Aufsatz zu den ökonomischen Problemen dieser Region. Politisch sollten die Voraussetzungen dafür durch das auf der Idee der Europäisierung beruhende Saarstatut – als Teil der Pariser Verträge – geschaffen werden. Am 23. Oktober 1955 wurde eine Volksabstimmung über die Zukunft des Landes durchgeführt, wobei sich 67,7 Prozent der Saarländer gegen das (zweite) Saarstatut entschieden. Das Ergebnis der Abstimmung werteten die Beteiligten als Wunsch der Saarländer, sich der Bundesrepublik anschließen zu wollen. Am 27. Oktober 1956 wurde in Luxemburg der Saarvertrag abgeschlossen, der den Weg für den Beitritt des Saarlandes am 1. Januar 1957 zum Gebiet des Grundgesetzes nach Artikel 23 ebnete: Das erste neue Bundesland stand damit vor fundamental neuen Perspektiven der wirtschaftliche Integration! Doch klar musste auch sein: Es war keine wirtschaftliche Rückgliederung, die einfach an bewährte Muster anknüpfen konnte, sondern eine Eingliederung in ein größeres Wirtschaftsgebiet, die ihre Logik des Strukturwandels wie der Arbeitsteilung erst entwickeln musste. Der Weg dahin war lang und steinig!

II. 1960 – 1984: Anpassungslasten und der Weg zu neuen Mustern im Strukturwandel

Die wirtschaftliche Lage in den ersten Jahren nach dem 6. Juli 1959 war – es kann im Lichte des Gesagten nicht wirklich verwundern – keineswegs eine durchgängige Erfolgsgeschichte, auch wenn der Tag X Öffnung und Integrationschancen offerierte. Die Folgen der Währungsumstellung, die abschottungsbedingt teilweise mangelnde Konkurrenzfähigkeit vieler mittelständischer Unternehmer sowie die Absatzkrise im Bergbau konnten durch Eingliederungshilfen in Form von Steuerermäßigungen und Investitionsprämien nur bedingt aufgefangen werden. Und der Ausbau der Universitäten in Saarbrücken und in Homburg, die allgemeine Bildungsexpansion sowie die Anbindung an die bundesdeutsche Verkehrsinfrastruktur konnten erst mittel bis langfristig greifbare Wirkungen entfalten.

Während das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner im Bundesgebiet (ohne West-Berlin) bis 1965 um 42 Prozent anstieg, legte es im Saarland nur um 24 Prozent zu. Die Rezession 1966/67 traf das Saarland wegen seiner auf Kohle und Stahl gegründeten Wirtschaft stärker als die meisten anderen Regionen der Republik. Vor diesem Hintergrund forderte die Landesregierung im April 1967 im Saarmemorandum umfassende Bundeshilfe und offerierte zugleich ein Restrukturierungsprogramm. Damit begann die Geschichte von Subventionsabhängigkeit und Reformzwang, die den Weg des Saarlandes in den folgenden Jahrzehnten bestimmte. Stand zum Tag X das Saarland im Vergleich der westdeutschen Länder bezogen auf das Niveau des Pro-Kopf-Einkommens und der Arbeitslosigkeit auf Rang 4, so rutschte es bis zum Rezessionsjahr 1967 auf den letzten Platz. Dort verharrte es fast durchweg bis zum Beginn der achtziger Jahre.

Die erste Rezession der bundesdeutschen Wirtschaftsgeschichte ist nicht nur schnell überwunden worden. Es gelang danach auch, zügig die Vorkrisensituation in den Niveaus der Arbeitslosigkeit wieder zu erreichen. So ging die Arbeitslosenquote im Saarland von 3,3 Prozent im Jahr 1967 schon 1970 wieder auf das Normalmaß von 0,9 Prozent zurück. Mit dem neuen Jahrzehnt wurden Grundlagen für einen beschleunigten Strukturwandel gelegt, der die Abhängigkeit der saarländischen Wirt-

schaft vom Montanbereich verringern sollte. So trug die Ansiedlungspolitik in neu erschlossene Industriegebiete Früchte. Herauszuheben sind die Eröffnung der Fordwerke in Saarlouis im Jahr 1970 und die Niederlassung von ZF in Saarbrücken. Aber auch die vielen neuen Betriebe der Investitionsgüter- und der Konsumgüterindustrie brachten viele zusätzliche Arbeitsplätze und begründeten den Wandel der Wirtschaftsstruktur. Bis zur Mitte der siebziger Jahre konnte das Saarland erheblich von der Modernisierung der Unternehmenslandschaft sowie von der zeitgleich vollzogenen Gebiets- und Verwaltungsreform mit ihren positiven Effekten auf die Effizienz der Verwaltung profitieren: das Bruttoinlandsprodukt expandierte stärker als im übrigen Bundesgebiet.

Doch die Lage war labil. Die immer noch hohe Prägung durch Kohle und Stahl schlug mit der Rezession 1975 und dem dahinter stehenden Ölpreisschock im Saarland voll durch. Weltweite Überkapazitäten machten einen massiven Beschäftigungsabbau in diesen Bereichen unumgänglich. Bis zum Jahr 1980 stieg die Arbeitslosenquote auf 6,5 Prozent. Neben dem Ruhrgebiet wurde das Saarland zur Krisenregion in dieser Zeit. Alle Hoffnungen, die sich mit der Übernahmen der Stahlwerke in Völklingen und Neunkirchen durch ARBED im Jahre 1978 verbanden, erwiesen sich zum Beginn des neuen Jahrzehnts als nicht realistisch. Die Rezession zu Beginn der achtziger Jahre führte zu erneuten Produktionseinbrüchen und einer tiefen Liquiditätskrise der Branche. Das europäische Quotenkartell hatte versagt. Die Bundesregierung geriet unter Handlungsdruck.

„Angesonnen“ – so der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1982/83 (Ziffer 271) – „wird der Bundesregierung, den Subventionswettbewerb in Europa mitzumachen, die Grenzen für Importe aus dem europäischen Ausland zu schließen oder doch durch Ausgleichsabgaben weniger leicht passierbar zu machen. Empfohlen werden kann nur, einem geordneten Rückzug den Weg zu ebnen.“ Wir vernehmen hier zu manch aktueller wirtschaftspolitischer Debatte den Rückruf in die Geschichte. Die Themen waren ähnlich, die Schwierigkeiten der Abwägung ebenso immens. Zwar band man die Subventionsgewährung daran, dass sich auch die Eigentümer, die Banken und die Beschäftigten finanziell an der Fortführung des Unternehmens beteiligten. Und zugleich förderte man mit dem „Stahlstandortprogramm“ die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen. Doch: Jede diskretionäre Hilfe wirkt diskriminierend. So klagten damals in einer Zeit allgemeiner Wachstumsschwäche die angrenzenden Regionen

über spürbare Veränderungen der Wettbewerbsbedingungen. „*Es kostet*“ – wie der Sachverständigenrat ebenfalls 1982 schrieb (Ziffer 272) – „*Zeit und Geld, die für notwendige Umstrukturierungsmaßnahmen benötigt werden*“.

Im Saarland mussten sich Bund und Land bis zum Jahr 1985 mit Soforthilfen von fast 767 Millionen Euro engagieren, um den Zusammenbruch von ARBED zu verhindern. Die Arbeitslosenquote stieg trotzdem auf 13,4 Prozent an (1985). Obwohl die Wirtschaftskrise sektoral auf den Montanbereich konzentriert war und mehrere Industriezweige, vor allem der Fahrzeugbau, beachtliche Zuwächse zu verzeichnen hatten, stellte der beschleunigte Strukturwandel die Landespolitik vor ungekannte Herausforderungen. Denn die Rettung der Stahlindustrie war dadurch erkaufte worden, dass sich das Land bis an die Grenzen seiner Leistungsfähigkeit verschuldete. Die Schulden stiegen von 3 Milliarden Euro (1980) auf 5,3 Milliarden Euro (1985) dramatisch an. Die Schuldenquote (Schulden in Prozent des BIP) legte von 25 Prozent auf 35 Prozent zu. 1985 betrug die Zinslastquote (Zinsen in Prozent der Ausgaben) fast 12 Prozent, noch 1980 waren es nur 7,4 Prozent. Das Haushaltsdefizit verdoppelte sich fast von 341 Millionen Euro (1980) auf 640 Millionen Euro (1985). Von dieser Situation haben sich die öffentlichen Haushalte im Grunde bis heute nicht erholt. Sie begründete letztendlich zehn Jahre später nach Klagen vor dem Bundesverfassungsgericht die Feststellung der Haushaltsnotlage, die zur Zahlung von Sanierungs-Sonderbundesergänzungszuweisungen zwischen 1994 und 2004 von über sechs Milliarden Euro führten.

III. 1985 – 2009: Konsolidierungszwang und zunehmende Standorterfolge

Angesichts der anhaltenden Talfahrt der saarländischen Stahlwirtschaft erwarb das Land 76 Prozent des Völklinger Hüttenwerks zum symbolischen Preis von 1 DM von ARBED. Durch eine gezielte Restrukturierung, die sowohl Schuldennachlässe und Gehaltskürzungen als auch die Abfederung des Stellenabbaus im Rahmen einer Stahlstiftung umfasste, wurde der erste Schritt zur Sanierung des saarländischen Stahlstandorts getan. Im Kampf gegen die drohende Zunahme der Arbeitslosigkeit setzte die Regierung auf staatliche Wachstumsimpulse, Existenzgründungen und Betriebserweiterungen wurden großzügiger als zuvor unterstützt. Diese Strategie war insofern erfolgreich, als es 1988 erstmals wieder zu Arbeitsplatzgewinnen kam und die Arbeitslosenquote von 13,4 Prozent (1985) auf 11 Prozent im Jahr 1989 sank. Die Kehrseite der Medaille bestand in einem weiteren Anstieg des Schuldenstandes, der im gleichen Jahr die Marke von über 7 Milliarden Euro riss; die Schuldenquote erreichte mit fast 40 Prozent einen Rekordstand. Zu einem strikten Sparkurs mit dem langfristigen Ziel der Haushaltskonsolidierung gab es kaum mehr eine Alternative. Bedarf es eines Belegs dafür, dass eine Subventionspolitik gegen den Strukturwandel zu einer lange wirkenden Überdehnung der Staatsfinanzen führt, dann reicht der Blick auf das Saarland und die hier gelernte Lektion.

Anfang der neunziger Jahre wuchs das Bewusstsein dafür, dass der durch Kohle- und Stahlkrise erzwungene Strukturwandel unumkehrbar war. Nur noch jeder elfte saarländische Arbeitnehmer fand seine Beschäftigung im Montanbereich, wodurch dieser endgültig seine Rolle als ökonomischer Leitsektor verlor. Die Saar entwickelte sich immer stärker zu einem diversifizierten Wirtschaftsstandort, wobei insbesondere die Bereiche Energietechnik, Lebensmitteltechnologie, Fahrzeugbau und Informationstechnik zu Wachstumsbranchen wurden.

Zukunftsweisend war in diesem Zeitraum die neue Technologiepolitik. Die Universität des Saarlandes wurde um eine Technische Fakultät erweitert. Darüber hinaus wurden zehn selbständige Forschungseinrichtungen ins Leben gerufen, von denen insbesondere das Max-Planck-Institut für Informatik, das Institut für Neue Materialien sowie die Fraunhofer-Institute für Biomedizinische Forschung und zerstörungsfreie Prüfverfahren zu nennen sind. Nicht zuletzt waren es die neu eingerichteten Zentren

des Technologietransfers, die die Wirtschaft belebten und mit dazu beitrugen, das Saarland als modernen Technologiestandort zu profilieren.

Wichtige Impulse zur Modernisierung des Landes gingen auch von der europäischen Bewegung aus; die Erwartungen von Hellwig u.a. begannen sich wirksam zu erfüllen. Die grenzüberschreitenden Kooperationsbeziehungen mit den Nachbarn aus Lothringen und Luxemburg wurden nun – unter dem Vorzeichen des bevorstehenden europäischen Binnenmarktes – mit großem Elan vorangetrieben. Mit umfänglichen Mitteln aus dem europäischen Strukturfonds wurde eine Vielzahl von Projekten realisiert, die sich von Transport und Telekommunikation über Forschung, Ausbildung und Tourismus bis hin zu einer gemeinsamen Industrie- und Gewerbeflächenerschließung erstreckten. Die Erfahrungen jahrzehntelanger Desintegration spiegelt sich erfolgreich in europäischer Zusammenarbeit.

Anfang der neunziger Jahre entspannte sich die Lage am Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote fiel wieder unter die 10-Prozent-Marke und das Saarland konnte beim Wirtschaftswachstum fast mit den westdeutschen Ländern mithalten. 1993 traf das Saarland die erste Krise nach der deutschen Einheit allerdings deutlich schärfer als die anderen. Mitte der neunziger Jahre gab es dank der seit 1994 gezahlten Bundeshilfen erstmals seit langem wieder einen Rückgang in der Staatsverschuldung; die Schulden fielen von 9,2 auf 8,9 Milliarden Euro, die Schuldenstandsquote konnte wieder unter die 40-Prozent-Marke gedrückt werden.

In der saarländischen Wirtschaft zeigten die späten neunziger Jahre, dass das Ende der alten Montanindustrie definitiv gekommen war. Im deutschen Kohlekompromiss vom März 1997 wurde zwar der generelle Erhalt eines leistungsfähigen Bergbaus postuliert, gleichzeitig aber ein harter Anpassungsprozess mit der Reduzierung von Abbaumengen und Arbeitsplätzen eingeleitet. Für das Saarland bedeutete dies nicht nur, dass weitere 6.000 Arbeitsplätze wegfielen, sondern auch Anlagen wie das Verbundbergwerk Göttelborn, das gerade erst mit einem immensen Investitionsvolumen modernisiert worden war, schließen mussten. Einen Schritt weiter war zu diesem Zeitpunkt bereits die Stahlindustrie, die sich auf der Basis einer hoch spezialisierten Produktpalette im saarländischen Produktionsverbund (Dillingen, Völklingen, Burbach, Neunkirchen) konsolidieren konnte. Sie ist zu einer Stärke des Industriestandortes Saarland geworden. Daran ändert die gegenwärtig Krise im Grundsatz nichts.

Zukunftsweisend war die innere und äußere Vernetzung, die im Saarland große Fortschritte machte. Dass die Unternehmen der Netzwerktechnologie zum neuen Flaggschiff der Wirtschaft werden können, zeigt der heutige IT-Park Saar. Ganz im Zeichen von weltweiter und regionaler Vernetzung stand das Land insgesamt in den letzten Jahren vor dem Millennium. Dank des Karlsruher Abkommens von 1996 sind grenzüberschreitende Kooperationen wesentlich erleichtert worden. Der kommunale Zusammenschluss SaarMoselleAvenir (1997) und die Eurozone an der Goldenen Bremm (1999) haben ebenso weitere europäische Akzente gesetzt wie die Inbetriebnahme der Länder verbindenden Saarbahn (1997) oder die Einrichtung der deutsch-französischen Hochschule in Saarbrücken, die auf dem Weimarer Gipfel von 1997 beschlossen worden war.

Die Jahre seit dem Jahrtausendwechsel sind durch einen fast stetigen Aufholprozess des Saarlandes verbunden. Wirtschaftspolitisch bekannte man sich zu einem sozialverträglichen Auslaufbergbau und nahm somit Abschied von der jahrzehntelangen Strategie, einen stabilen Montankern als nationale Energiereserve für das Saarland zu erhalten. Ersetzt wurde dies durch eine Politik, die auf günstige Standortbedingungen, Innovationen und Wissenschaft, Weltmarktorientierung und ein insgesamt wirtschaftsfreundliches Klima mit kurzen Entscheidungswegen setzt. Der Ausstieg aus dem Bergbau sollte kein Signal zur Deindustrialisierung sein. Im Gegenteil – die Industrie trieb zusammen mit den industrienahen Dienstleistungen den Aufholprozess in diesen Jahren voran. Der Fahrzeugbau, der Maschinenbau und die Stahlindustrie prägten mit der IT-Wirtschaft den Strukturwandel an der Saar. Neben der Informations- und Nanotechnologie wurde mit der Biotechnologie ein weiterer Forschungsbereich aufgebaut und durch die Schaffung des Science-Park Saar gezielt für Unternehmensansiedlungen geöffnet. Es mehren sich die Anzeichen, dass die zum Teil bis auf die achtziger Jahre zurückgehenden technologischen Neuentwicklungen auf die Gesamtwirtschaft durchschlagen und ihr ein neues Fundament verleihen. Dies war kein Selbstläufer, sondern bedurfte einer breit aufgestellten Standortpolitik.

Der Erfolg wurde nach der Jahrtausendwende greifbar: Im Vergleich der westdeutschen Länder konnte bei dem Niveau des Pro-Kopf-Einkommens und der Arbeitslosigkeit stabil der fünfte Rang besetzt werden. In den letzten zehn Jahren gehört das Saarland sogar zu den dynamischsten Bundesländern in Deutschland. Bei einem

Vergleich der Veränderungen der Arbeitslosenquoten und des Bruttoinlandsproduktes je Einwohner unter den westdeutschen Bundesländern belegt das Saarland den ersten Platz; bundesweit ist es bei Einbeziehung auch der neuen Länder immerhin noch der Rang vier. Ein wesentlicher Grund dafür sind die Erfolge am Arbeitsmarkt. Insgesamt konnte die Arbeitslosigkeit bei steigender Erwerbsbeteiligung insbesondere bei Frauen, älteren Arbeitnehmern und jungen Arbeitnehmern gesenkt werden. Gute Performance-Kennziffern bei der Bildung und Teilen der Forschung runden dieses Bild ab. Es bleiben aber zwei Schwachpunkte, an denen das Saarland in den nächsten Jahren arbeiten muss: Zum einen sind die Schulden des Landes zu hoch. Das zweite Sorgenkind ist die ungünstige demografische Entwicklung, welche die Zukunftsfähigkeit des Landes gefährden könnte.

Der Blick auf 40+50 Jahre saarländischer Wirtschaftsentwicklung eröffnet spannende Perspektiven, die weit über dieses Land hinausweisen:

1. Die wirtschaftliche Entwicklung des Saarlandes seit dem Tag X war durch drei große Themen geprägt, die freilich nicht unabhängig voneinander waren. Zunächst: Vier Jahrzehnte wirtschaftlicher Abschottung und Desintegration waren nicht handstreichartig zu neutralisieren. Die daraus folgende Fehlorientierung im Strukturwandel wirkte lange nach. Die zweitens zu nennende naturgegebene Wirtschaftsstruktur mit Kohle und Stahl forderte viel wirtschaftspolitischen Mut, der in aller Konsequenz erst spät aufgebracht wurde, was den Wandel aufstaute, ihn am Ende aber doch nicht verhindern konnte. Die daraus resultierende haushaltspolitische Überdehnung ist drittens zu nennen. Die deshalb unausweichlichen Konsolidierungszwänge prägten und prägen die politische Situation im Land. Vor diesem Hintergrund ist um so bemerkenswerter, was gelang: Die beispielhafte Bewältigung eines anspruchsvollen Strukturwandels. Zur Standortpflege, zur Verbesserung der Investitionsbedingungen und zur Schaffung eines gründungsfreundlichen Klimas gibt es – zumal in Zeiten der großen Krise – keine Alternative.
2. Es war – das wird mit dem kurzen Ausflug in die Geschichte deutlich – eine Menge zu verkraften. Dies zu leisten, setzt stets die Kraft einer verbindenden Idee voraus. Das Saarland kann dazu nicht auf eine lange politische Geschichte der Eigenständigkeit verweisen. Dieses Gebiet hat immer von der Einbettung in

die umgebenden Regionen gelebt, seine Entwicklung kann nicht für sich allein gesehen werden. Die vierzig Jahre Desintegration von 1919 bis 1959 haben neben all den negativen Folgen aber auch die Identität geprägt und gemeinsamen Handlungswillen begründet – eine Identität und einen Handlungswillen, der nach Europa weist. Ein bisschen schließt sich heute der Kreis zu jenen Analysen und Feststellungen aus den Jahren nach dem Zweiten Weltkrieg.

Deshalb ende ich, womit ich begann, mit frühen Einsichten aus dem Institut der deutschen Wirtschaft. Fritz Hellwig schloss seine umfangreiches Gutachten über die „Saar zwischen West und Ost“ von 1954 wie folgt: *„Im Rahmen der Bemühungen, der Saar wieder die natürliche wirtschaftlichen Verflechtung mit allen Nachbargebieten zu ermöglichen, wird ... die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit der Saarwirtschaft eine vordringliche Aufgabe sein“*. Diese schlichte Erkenntnis – auf heute transformiert – muss immer wieder beworben werden. Der Blick nach vorne wird aus den Erfahrungen justiert: Offene Märkte und intensiver Wettbewerb sind die Leitsterne!